

dies müsse in Zukunft durch klare Regeln verhindert werden, an denen die Bildungsexperten bereits arbeiteten.

Zhou wandte sich auch gegen Meldungen, 48% der Lehrer in Shanghai hätten aufgrund steigender Schülerzahlen bereits psychische Probleme. Die meisten seien gesund und für die anderen werde man die psychologische Betreuung verbessern. (XNA, 27.1.05; RMRB online, 28.1.05) -gs-

17 Heiratserlaubnis für Studenten

Ein Beamter des Bildungsministeriums hat bestätigt, dass mit den neuen Regeln zur Verwaltung von Hochschulstudenten, an deren Entwurf seit 1996 gearbeitet wird, auch das seit fünfzig Jahren bestehende Verbot für Studenten im Grund- und Postgraduiertenstudium, zu heiraten oder schwanger zu werden, fallen wird. Bisher hatten die betroffenen nur die Wahl zwischen Heirat und Kind oder Studium und Abtreibung.

Einer Umfrage der Beijing-Universität an 16 Universitäten zufolge befürworten ein Drittel von 951 befragten Studenten im Grundstudium die Aufhebung des Heiratsverbots, während 17,7% dieses unterstützen; 57% von 467 befragten Absolventen an 10 Universitäten sind gegen das Verbot Kinder zu bekommen, 12% dafür. (XNA, 21.1.05) -gs-

18 Über 25.000 US-Visa für chinesische Studenten

Die USA haben im Fiskaljahr 2004 25.647 Visa für chinesische Studenten ausgestellt, 15% bzw. 4.000 mehr als im Vorjahr. Insgesamt erhielten 478.219 Studenten aus aller Welt ein Visum zum Studium in den USA, 4.500 mehr als im Vorjahr. Chinesische Studenten stellen damit gut 5% der Visaempfänger. (XNA, 7.1.05) -gs-

Gesellschaft

Günter Schucher

19 Soziale Probleme

In ihrer jüngsten Analyse der sozialen Situation in China hat die Akademie für Sozialwissenschaften sieben Probleme benannt, die geeignet sind, die weitere Entwicklung Chinas zu behindern:

Durch Industrialisierung und Urbanisierung haben inzwischen 40 Mio. Bauern ihr Land verloren, dies verschärft die sozialen Gegensätze.

Die Einkommensschere zwischen den Regionen und Wirtschaftsbereichen vergrößert sich weiter, auch die innerhalb der Städte. Dies hat eine Untersuchung unter 50.000 Städtern im ganzen Land im Jahr 2004 ergeben. Danach sind die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der obersten Dezil mit 13.332 Yuan um 2,8-mal höher als der Durchschnitt, die der untersten Dezil betragen aber mit 1.397 Yuan nur 29% des Durchschnitts; die Differenz beider zueinander hat sich von 9,1:1 im Jahre 2003 auf 9,5:1 noch vergrößert.

Die Beschäftigungslage wird auf lange Zeit schwierig bleiben, für 24 Mio. Arbeitsuchende stehen nur 9 Mio. Arbeitsplätze zur Verfügung; hinzu kommen noch 740.000 Hochschulabsolventen ohne Job.

Auch die Restarmut stelle ein Problem dar. Zwar habe China die Armutsrate auf 3% drücken können, aber das Kriterium für absolute Armut liege mit 625 Yuan im Jahr weit unter der UN-Marge von 900 Yuan und eine weitere Reduzierung der Armut sei außerordentlich schwierig.

Trotz großer Anstrengungen im Antikorruptionskampf würden ständig neue Fälle entdeckt.

Ressourcenknappheit, ihre niedrige Nutzungsrate sowie die z.T. sehr ernststen Umweltschäden behindern

eine dauerhafte Entwicklung.

Auch die sozialen und psychischen Probleme, die das schnelle Wachstum mit sich bringe, müssen Berücksichtigung finden. Vor allem die niedrigen Einkommensgruppen sind mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten sehr unzufrieden. (RMRB online, 24.1.05) -gs-

20 Arbeitslosenrate gesunken

Erstmalig seit 1991 ist im letzten Jahr die Rate der registrierten Arbeitslosen wieder etwas gesunken. Hatte sie 1991 noch 2,3% betragen, so war sie bis 2003 kontinuierlich auf 4,3% gestiegen; in absoluten Zahlen hatte die Zahl der Arbeitslosen von 3,52 Mio. auf 8 Mio. zugenommen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich diese Zahlen nur auf die in den Städten offiziell als arbeitslos registrierten Arbeitskräfte bezieht. Selbst in den Städten sind weder die „stille Reserve“ (also Arbeitslose, die sich aus verschiedensten Gründen nicht als „Arbeit suchend“ registrieren lassen) noch die von Staatsbetrieben freigesetzten Arbeitskräfte (*xiagang rennyuan*) einbezogen. 2004 nun sank die Rate um 0,1% und lag damit um 0,5% niedriger als die vorhergesagten 4,7%. Als Gründe wurden seitens des Arbeitsministeriums das Wirtschaftswachstum von 9,5%, die im Jahre 2002 begonnene aktive Arbeitsmarktpolitik und die massive Ausweitung flexibler Beschäftigungsformen genannt.

Aufgrund des Wirtschaftswachstums war es 2004 gelungen, 9,8 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich zu beschäftigen, 800.000 mehr als vorher geschätzt. Die Regierungen aller Ebenen bemühen sich in den letzten Jahren vor allem auch um die Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeitskräfte: Von ihnen konnte 5,1 Mio. wieder eine Arbeit vermittelt werden, darunter 1,4 Mio. sog. „4050ern“ – schwer vermittelbaren Arbeitskräften in den 40er und 50er Jahren. Insgesamt gehen Fachleute davon aus, dass das Problem der Freisetzung in naher Zukunft an Bedeutung verlieren wird. Die Re-

form der Staatsunternehmen sei im Wesentlichen abgeschlossen, erklärten Forscher der Akademie für Sozialwissenschaften. Schon jetzt liegt die Zahl der von diesen Freigesetzten bei nur noch 1,53 Mio. Demgegenüber nimmt die Zahl der Beschäftigten in flexiblen Arbeitsverhältnissen (darunter Zeit- oder Teilzeitarbeit) zu; sie stellen inzwischen mit rund 100 Mio. mehr ca. 40% der städtischen Erwerbstätigen.

Ob aber insgesamt ein Wendepunkt erreicht sei, mochte der Direktor des Nationalen Statistikbüros Li Deshui noch nicht sagen. Für 2005 hat das Arbeitsministerium aufgrund des jüngsten Erfolgs seine Voraussage vorsichtig auf 4,6% korrigiert. (RMRB, 28.12.04, 25., 28.1.05; XNA, 26., 28.1.05) -gs-

21 Experten fordern Besserstellung von Bauernarbeitern

Bauernarbeiter (*nongmingong*) nehmen in der städtischen Wirtschaft eine immer gewichtiger Position ein. Nach Statistiken des Agrarministeriums arbeiteten im Jahre 2003 nahezu 100 Mio. ländliche Arbeitskräfte außerhalb der Dörfer, davon waren die meisten über die Kreis- und Provinzgrenzen hinaus migriert. In der ersten Hälfte des Jahres 2004 sollen 93,5 Mio. Bauernarbeiter in den Städten Arbeit gefunden haben, 3,8% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dem fünften Zensus zufolge stellen Arbeitskräfte mit ländlicher Haushaltsregistrierung (*nongye hukou*) im zweiten und dritten Wirtschaftssektor inzwischen 46,5% der Arbeitskräfte, davon allein im zweiten industriellen Sektor 57,6% (und hier im Baugewerbe 80%).

Mit den Problemen dieser Gruppe, die sich mit zunehmender Dauer ihrer Tätigkeit in den Städten immer mehr vom Lande entfernt und derzeit eine „historische Veränderung in der Struktur der chinesischen Arbeiterklasse“ herbeiführt (so die *Volkszeitung*), befassen sich derzeit zahlreiche Untersuchungen. Ihr gemeinsamer Tenor ist, dass es nicht nur

im Interesse dieser Gruppe liegt, die bestehenden Diskriminierungen im Arbeitsrecht, in der Bezahlung, in der Ausbildung sowie in den Arbeits- und Lebensbedingungen aufzuheben, sondern dass dies im Interesse Chinas, ein mittleres Wohlstandsniveau zu erreichen, geradezu notwendig ist. Dies um so mehr, als jedes Jahr 2-3 Mio. Bauern ihre Absicherung, nämlich ihr Land, verlieren. Derzeit haben bereits 40-50 Mio. Bauern ihr Land vollständig oder bis auf weniger als 0,3 Mu (1 Mu = 1/15 ha) verloren. Vor diesem Hintergrund forderten Fachleute des Zentrums für Entwicklungsforschung beim Staatsrat auf der diesjährigen Arbeitstagung für Politikberatung, langfristig in den Städten arbeitende Bauernarbeiter zu städtischen Bürgern zu machen. (RMRB, 28., 30.12.04, 22., 25.1.05) -gs-

22 Guangdong wirbt um Arbeitskräfte

Zehn Jahre nach seiner Einführung hat die Provinz Guangdong dieses Jahr das Anstellungsverbot von Arbeitsmigranten innerhalb eines Monats nach dem chinesischen Neujahrsfest (am 9. Februar) aufgehoben. Dieses Verbot diente der Kontrolle der dann regelmäßig auf der Suche nach Arbeit in die Städte strömenden Migranten. Seine Aufhebung ist die Folge des Mangels an billigen Arbeitskräften, der im letzten Jahr entstand. Nach Angaben der Zeitschrift *Caijing* vom 30.12.04 sollen in der Provinz insgesamt 2 Mio. Arbeitskräfte fehlen, davon 400.000 in Shenzhen und 270.000 in Dongguan. Dongguan ist eine der Hochburgen taiwanesischer Investoren. Die Taiwan Businessmen's Association begrüßte dementsprechend auch die Aufhebung des Anstellungsverbots. Die gleichzeitig erfolgte Anhebung des Mindestlohns von 510 auf 574 Yuan in ärmeren Distrikten und auf 684 Yuan in reichen sah ihr Sprecher allerdings nicht als hilfreich an. Zum einen zahlten die meisten Unternehmen bereits höhere Löhne, zum anderen würden die Produktionskosten stei-

gen, lautete die – widersprüchliche – Erklärung. (SCMP, 13.1.05; ST, 31.1.05) -gs-

23 ZK für Steigerung bäuerlicher Einkommen

Zum zweiten Mal in Folge befasst sich das erste politische Dokument des Zentralkomitees der KPCh im neuen Jahres (*yihao wenjian*) mit der Steigerung ländlicher Einkommen (ausführlich dazu: www.china.org.cn/chinese/zhuanti/zyyh/773767.htm). Hintergrund dieser besonderen Aufmerksamkeit ist die sich weiter öffnende Schere zwischen städtischen und ländlichen Einkommen. Statistisch gesehen weist China mit städtischen Einkommen, die 3,2-mal größer sind als die ländlichen, eine der größten Stadt-Land-Differenzen der Welt auf; tatsächlich aber ist der Unterschied noch größer, rechnet man die nichtmonetären Vorteile von Städtern ein wie Wohnbedingungen, Gesundheits- und Bildungswesen oder auch soziale Absicherung. Im Jahre 2004 stiegen die bäuerlichen Einkommen inflationsbereinigt zwar um 6,8%, die der Städter aber um 7,7%.

Um diese Differenz nicht in soziale Unruhe umschlagen zu lassen, widmet die Regierung der Landwirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit. So soll bis Ende 2005 in 24 der 31 Provinzen und Metropolregionen die Agrarsteuer abgeschafft sein. Dies wird zwar nicht viel mehr Geld in die Taschen der Bauern bringen, beendet aber die Ungleichheit zu den Städtern, die erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe steuerpflichtig sind. Außerdem sollen die Agrarsubventionen und -investitionen gesteigert werden. Ein heikles Thema sind Landnutzungsrechte. Das Dokument verspricht ihre Stärkung, Landeigentum werden die Bauern aber nicht erhalten. Unter diesen Bedingungen haben lokale Behörden weit mehr Kontrolle über das Land als in anderen Ländern. Sie nutzen sie z.T. für Verkäufe als die wichtigste Quelle für ihre Einnahmen. Damit aber steigt die Unzufriedenheit der Bauern wei-

ter, auch wenn die Zentralregierung durchzusetzen versucht, dass sie höhere oder überhaupt Kompensation erhalten. (XNA, 30., 31.1.05; IHT, 3.2.05; WSJ, 3.2.05) -gs-

24 Schnelle Maßnahmen gegen Meningitis

Nach dem ersten Auftreten von Meningitis in der Provinz Anhui hat die Regierung schnell mit einer Notverordnung zur Verbesserung von Prävention und Kontrolle reagiert. Seit dem 20. Dezember haben die staatlichen Medien 258 Erkrankungen in allen Regionen Chinas (außer Tibet, der Insel Hainan und der Provinz Fujian) gemeldet, von denen 16 zum Tode führten. Die Sofortmaßnahmen spiegeln die seit dem SARS-Ausbruch gestiegene Sensibilität der Regierung in Fragen öffentlicher Gesundheit wider und sind auch Ergebnis des seitdem im Aufbau befindlichen nationalen Warnsystems. Eine Rolle dürfte auch das bevorstehende Neujahrsfest mit dem vermehrten Reiseverkehr gespielt haben. Weltweit sterben nach WHO-Angaben jährlich 171.000 Menschen an der Krankheit, die Todesrate liegt bei 10-15% der Erkrankungen. (WSJ, 2.2.05; XNA, 2.2.05; SCMP, 4.2.05, nach BBC PF, 5.2.05) -gs-

25 Umweltbehörde stoppt Bauvorhaben

Die staatliche Umweltschutzbehörde SEPA (State Environment Protection Administration) hat 30 große Industrieprojekte in 13 Provinzen mit einem Volumen von jeweils 100 Mio. Yuan bis zu 73 Mrd. Yuan vorläufig beendet, die ohne ihre Zustimmung begonnen wurden. In allen Fällen war entgegen der Umweltschutzgesetze kein Assessment von Umweltauswirkungen vorgenommen worden, sondern lokale Behörden und Regierungsabteilungen hatten – entgegen dem geltenden Recht – die Genehmigung zum Bau erteilt. Nachdem nun entsprechende Assessments negativ ausgefallen waren, wurden die Projekte von der SEPA gestoppt.

Das Vorgehen hat viele Beobachter erstaunt, galt doch die SEPA – unterfinanziert und in der Durchsetzung eher ineffektiv – bisher als eine der schwächsten Behörden. Die Maßnahme wird daher nicht nur als Warnung an Entwicklungsfirmen und lokale Behörden gesehen, ihre Umweltverpflichtungen einzuhalten, sondern als Ausdruck der neuen (wissenschaftlichen) Entwicklungsstrategie, über die wirtschaftliche Entwicklung den Schutz der Umwelt nicht zu vernachlässigen. Auch die Tatsache, dass 26 der gestoppten Projekte der Energieerzeugung dienen, darunter zwei im Drei-Schluchten-Gebiet, ist Ausdruck des rasanten Wirtschaftswachstums, das zu erheblichen Energieengpässen geführt hat. Viele Provinzen haben daher Kraftwerke geplant, die Umweltbehörde erhielt in den ersten elf Monaten 2004 insgesamt 200 entsprechende Anträge.

Der *Standard* führt das neue Auftreten der SEPA aber auch auf deren stellvertretenden Leiter zurück. Der 45-jährige Pan Yue habe als Schwiegersohn von Liu Huaqing, dem ehemals stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, machtvolle Verbindungen.

Das größte beanstandete Projekt ist das hydroelektrische Xiluodu-Kraftwerk am oberen Yangzi, das mit einer geplanten Kapazität von 12.500 MW das zweitgrößte Kraftwerk Chinas werden soll. Die China Three Gorges Corp., von der auch noch zwei weitere Kraftwerksbauten am Drei-Schluchten-Staudamm gestoppt wurden, hat inzwischen ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben und will die Auflagen der SEPA erfüllen. Danach, so erwartet sie, können die Bauten planmäßig weitergeführt und bis 2008/09 beendet werden.

Auch in weiterem Fall hat die SEPA laut Pan öffentliche Anhörungen zu den Auswirkungen auf die Umwelt durchgesetzt. Das 13-stufige Dammprojekt am Nu-Fluss, das die Umsiedlung von über 50.000 Menschen zur Folge hätte und von Ministerpräsident Wen Jiabao im letzten Jahr ausgesetzt wurde, soll an ei-

nem der letzten unberührten Flüsse Chinas entstehen. Dies hat auch internationalen Widerspruch hervorgerufen, zumal das Gebiet von der UNESCO zum Welterbe erklärt wurde. Allerdings glaubt der Direktor der Assessment-Abteilung der SEPA nicht, dass die Behörde das Projekt endgültig stoppen könne. (XNA, 18.1.05; WSJ, 19.1.05; FT, 20.1.05; SCMP, 20.1.05; *Standard*, 3.2.05, nach BBC PF, 4.2.05; IHT, 4.1.05) -gs-

Außenwirtschaft

Margot Schüller

26 Expansion des Hightech-Außenhandels und regionaler Außenhandelszentren

Das Wachstum des chinesischen Außenhandels auf 1.154,7 Mrd. US\$ katapultierte das Land auf Rang drei der größten Handelsmächte hinter den USA und Deutschland. Der Anteil der Hightech-Produkte am Außenhandel nahm im Jahre 2004 um 43,8% zu und lag bei 326,97 Mrd. US\$. Dies war ein Anteil von 35,5% am gesamten Außenhandel.

Importen von Hightech-Produkten mit einem Wert von 161,43 Mrd. US\$ (+35,3%) standen Exporte von Hightech-Produkten von 165,54 Mrd. US\$ (+50,2%) gegenüber. Die Expansion der Hightech-Unternehmen wurde durch das Steuerrückerstattungssystem begünstigt. Landesweit erhielten Hightech-Exportunternehmen ein Volumen von 420 Mrd. RMB als Steuerrückerstattung, ein Anstieg um 106% gegenüber 2003.

Regional gesehen entfiel auf die Provinz Guangdong mit einem Außenhandelsvolumen von 357,13 Mrd. US\$ bzw. von 30,9% erneut der größte Anteil landesweit. Die Provinz exportierte Produkte im Werte von 191,56 Mrd. US\$ (+25,3%) und importierte Waren mit einem Volumen von 165,57 Mrd. US\$